

Änderungsanträge zum Leitantrag LMV Köln

Antragssteller: Matthi Bolte (GJ Bielefeld)

Zeile 18 ff.

Streiche

„Ein weiteres Kriterium für die Entwicklungshilfeszusammenarbeit sollte das Prinzip des Good Governance sein, also eine verantwortungsvolle und transparente Staatsführung, welche Partizipation ermöglicht, die universellen Menschenrechte achtet und für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen sorgt.“

Begründung:

Good Governance sollte nicht als reine Lehre guter Entwicklungszusammenarbeit gepriesen werden. Wir lehnen aus sehr guten Gründen die Kreditkonditionalität ab und sollten dies auch hinsichtlich Good Governance tun. Unbenommen davon bleiben die universellen Menschenrechte, die wir schon einige Zeilen zuvor unseren Überlegungen zugrunde legen.

Zeile 21-23

Ersetze

„Entwicklungszusammenarbeit darf weder von wirtschaftlichen Interessen geleitet sein noch zu wirtschaftlichen Gegenleistungen verpflichtet und so in Abhängigkeit führen.“

Durch:

„Entwicklungszusammenarbeit darf nicht von wirtschaftlichen Interessen geleitet sein. Eine Entwicklungspolitik, die in wirtschaftliche Abhängigkeit führt, lehnen wir ab.“

Begründung:

Im Vordergrund sollte wirtschaftliche Abhängigkeit stehen. Der bisherige Focus des Antrags liegt allerdings nicht an der richtigen Stelle. Nicht wirtschaftliche Verpflichtungen führen im Kern zu Abhängigkeitsbeziehungen, sondern eine durch die westlichen Industriestaaten dominierte Welthandelsordnung, die in der EZ manifestiert wird.

Zeile 27:

Ersetze

„Wir begreifen jedoch jeden Menschen dieser Erde als vollkommen gleichwertiges Individuum, woraus sich für uns auch gleichwertige Entfaltungsmöglichkeiten für alle ergeben müssen“

Durch:

„Wir begreifen jeden Menschen dieser Erde als Individuum, dem gleichwertige Entfaltungsmöglichkeiten wie allen anderen zur Verfügung stehen müssen“

Begründung:

Menschen haben keinen „Wert“, können also nicht „gleichwertig“ sein.

Zeile 33ff.

Ersetze

„Die Bundesregierung argumentiert, dass Entwicklungspolitik gleichzeitig Sicherheitspolitik sei, denn die Bekämpfung von Armut trage dazu bei, terroristischen Bestrebungen den Nährboden in der betroffenen Bevölkerung zu entziehen. Dies muss aber auch durch die Umschichtung des Etats für Rüstungsausgaben hin zu Ausgaben der Entwicklungspolitik deutlich werden.“

Durch:

„Eine Politik der Industriestaaten, die den Entwicklungsländern eine verstärkte wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht, lohnt sich für beide Seiten. Wir wehren uns gegen eine Argumentation, die Entwicklungszusammenarbeit immer nur mit Vorteilen für die westlichen

Länder, seien es wirtschaftliche Vorteile oder die Verringerung terroristischer Bedrohungen, rechtfertigt. Für uns haben die lokalen friedenssichernden Wirkungen einer durchdachten Entwicklungszusammenarbeit mindestens gleichwertige Priorität. Gerade in der Zeit der globalen Klimakatastrophe kann eine gerechte Verteilung der Ressourcen auf der globalen Ebene lokale und globale Sicherheitsrisiken mindern. Die zentrale Finanzierungsmöglichkeit einer ausgeweiteten Entwicklungszusammenarbeit stellt eine Reduktion der Rüstungsausgaben bei gleichzeitiger Umverteilung in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen Konfliktprävention und –bewältigung dar.“

Zeile 66

Einfügen nach „Gender Mainstreaming“

„und Gender Budgeting im Rahmen der Projektfinanzierung“

Zeile 78:

Ersetze „eines globalen Forschungsfonds“

Durch

„eines Forschungsfonds bei einer der Organisationen der Vereinten Nationen“

Zeile 79:

Streiche:

„und Industrieländer“

Begründung:

Solange die globalen Patentvorschriften so sind, wie sie sind, profitieren davon Konzerne. Dann sollen die bitteschön auch zahlen. Aufgabe der Staaten ist es, diese Rahmenbedingungen zu verändern!

Zeile 91:

Ergänze hinter „vorzugehen“:

„Den Privatisierungsbestrebungen für die Trinkwasserversorgung, die von der WTO im Rahmen des GATS Abkommens vorangetrieben wird, erteilen wir eine entschiedene Absage!“

Zeile 94

Ersetze:

„Hauptverantwortlich für ökologische Katastrophen, wie den Klimawandel, sind die Industriestaaten. Wohingegen unter den Folgen, wie Überschwemmungen, Wüstenausbreitungen und Stürmen gerade die Entwicklungsländer zu leiden haben (werden).“

Durch:

„Die Industrieländer tragen für die ökologischen Katastrophen unserer Zeit, besonders den Klimawandel, die Verantwortung. Sie und westliche Konzerne haben in der Vergangenheit vielfach von ihrer klimafeindlichen Politik profitiert. Unter den Folgen dieser Politik, wie Überschwemmungen, der Ausbreitung von Wüsten und Wirbelstürmen haben gerade die Länder des globalen Südens zu leiden. Aufgrund dieses Missverhältnisses stehen die Industrieländer in der Verantwortung, die ökologischen Herausforderungen anzugehen. Sie müssen dabei zugleich den Schwellenländern helfend und beratend zur Seite stehen, damit deren wirtschaftlicher Expansionsprozess die Klimakatastrophe nicht verstärkt.“

Begründung:

Die Verantwortung für den Klimawandel muss eindeutig benannt werden. Und nicht nur die Verantwortung fürs Zerstören müssen wir benennen, sondern auch die für die Lösung des Klimawandels. Zugleich sollten die Industrieländer den Schwellenländern – im Rahmen unserer kritischen Perspektive hinsichtlich möglichen Kulturimperialismus – bei der Umstellung ihrer Wirtschaft auf eine nachhaltige Industrialisierung assistieren.

Zeile 100

Ergänze:

„Viele Agrarkonzerne rechtfertigen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft gerade in den Ländern des globalen Südens als Hungerbekämpfung. Diesen dreisten Lügen stellen wir uns mit aller Kraft entgegen! Unser Ziel ist eine gentechnikfreie Landwirtschaft auf der ganzen Erde, denn nur so vermeiden wir globale Abhängigkeitsbeziehungen und gewährleisten globale Biodiversität.“

Begründung:

Monsanto ist doof.

Zeile 109:

Ersetze:

„Wir fordern die Verwirklichung des Prinzips „one country, one vote“ in den UN-Gremien.“

Durch:

„Wir fordern die Verwirklichung des Prinzips „one country, one vote“ in allen Gremien der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Besonders innerhalb von IMF und Weltbank darf die politische Mehrheitsfindung nicht länger an die Einlagesumme eines Staates geknüpft sein.“

Begründung:

ist für die Hauptgremien der UN bereits gegeben, in der Generalversammlung für alle und im Weltsicherheitsrat für diejenigen, die von allen gewählt sind. Das zentrale Demokratieproblem liegt einerseits bei den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, aber ganz besonders in den Sonderorganisationen.

Zeile 145

Streiche:

„Im Zeitalter der Globalisierung nimmt der Welthandel eine zentrale Rolle bei der Entwicklung aller Länder ein.“

Begründung:

Es gibt einen intensiven Diskurs in der Politikwissenschaft darüber, wann Globalisierung begonnen hat. Einige nehmen dies für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg an, andere suchen den „Beginn“ der Globalisierung in Weltereignissen, z.B. vatikanischen Konzilen. Wieder andere gehen vor allem davon aus, die Globalisierung des Wirtschaftssystems allen anderen Systemen voranzustellen, sodass die Globalisierung auch in der Holländischen Tulpenkrise im 16. Jahrhundert manifest wäre. Wir sollten uns aus dieser Debatte heraushalten und Begriffe wie „Das Zeitalter der Globalisierung“ in dieser undifferenzierten Verwendung vermeiden.

Zeile 156

Streiche

„als Sonderorganisation der Vereinten Nationen“

Zeile 162:

Streiche: „(Tobin Steuer)“

Begründung: Unter dem Namen Tobin Steuer gibt es viele kreative Vorschläge, von denen viele gut sind, die aber in ihrer Breite nicht in einem Leittrag diskutiert werden können. Es reicht die Zielsetzung der Besteuerung internationaler Devisengeschäfte.

Zeile 173

Streiche „und den Kriterien des Good Governance“

Begründung siehe oben

Nach Zeile 173

Einfügen:

„In den vergangenen Jahren haben besonders Weltbank und IMF ihre Politik verändert. Wir begrüßen den Trend, die alte Strukturanpassungs-ideologie aufzugeben und die Bekämpfung von Armut durch sinnvolle, kleinere Projekte mit Partizipation der lokalen Bevölkerung zu unterstützen. Die Poverty Reduction Strategy Papers der Weltbank und die flankierenden Kreditvergaben durch den IMF stellen richtige Schritte dar, weil sie die lokalen Gegebenheiten stärker berücksichtigen. Andererseits müssen diese Maßnahmen weiterhin durch die undemokratischen IMF-Gremien genehmigt werden und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft wird zum Teil weiterhin als mangelhaft angesehen.“

Zeile 191-1

Streiche „langfristige“

Zeile 191-2

Nach „Subventionen“ *einfügen:*
„in den Industriestaaten“

Zeile 195

Nach „setzen“ *einfügen:*

„Dies ist jedoch nach heute gültigem Welthandelsrecht nichtmöglich, da das WTO-Übereinkommen den Aufbau neuer Zollschränken verbietet. Deshalb ist an dieser Stelle eine Änderung des Welthandelsrechts unumgänglich.“

Zeile 199

Einfügen:

„Solange die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen nicht gegeben sind, müssen die Industrieländer zumindest einen gerechten Zugang zu ihren Märkten gewährleisten und die heimischen Preise nicht durch Subventionen verfälschen.“

Zeile 246 – 252

Ersetzen durch:

„Diese Vielfalt von beteiligten Institutionen bietet Vor- und Nachteile. Ein eigenständiges Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist – sofern es mit den entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist – ein wichtiger Wert und einer erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit durchaus dienlich. Die Spezialisierung von weiteren Akteuren auf einzelne Bereiche kann ebenfalls sinnvoll sein. Sofern jedoch Defizite hinsichtlich Transparenz, Übersichtlichkeit und Effizienz nicht von der Hand zu weisen sind, bedarf es hier struktureller Veränderungen.“

Begründung: Die bisherige Formulierung berücksichtigt nicht, dass eine breite Vielfalt spezialisierter Akteure auch Vorteile hat, sondern setzt auf die Zusammenfügung der EZ-Strukturen. Dies gewährleistet nicht unbedingt Fortschritte, sondern kann im Gegenteil sogar dazu führen, dass einzelne wichtige Bereiche gegenüber anderen ins Hintertreffen geraten. Damit ist niemandem geholfen, deshalb sollten wir zu diesen Strukturfragen auch nur vorsichtig Stellung nehmen.

Zeile 254

Ändern in:

„Entwicklungspolitisches Bewusstsein verankern“

Begründung: die bisherige Formulierung klingt nach einer eleganten Version von „Ego-Trip ins Elend“.

Zeile 260-262

Streiche „wie weltwärts“ und „sofern die TeilnehmerInnen gut vorbereitet werden“.

Stattdessen dahinter anfügen:

„Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“, den das BMZ in diesem Jahr erstmals durchgeführt hat, bedarf zumindest nachhaltiger Veränderungen. „weltwärts“ darf nicht zur Billig-Variante freiwilligen Engagements gemacht werden, so wie es derzeit angesichts der vielfach mangelhaften Vorbereitung der TeilnehmerInnen erscheint. Auch die vielfältigen Reibungsverluste gerade zwischen BMZ und auswärtigem Amt senken die Qualität der geleisteten Arbeit, ebenso ist „weltwärts“ mangelhaft mit den anderen Freiwilligendiensten des Bundes verknüpft. Schließlich muss bei jedem Freiwilligendienst – gerade wenn er aus öffentlichen Mitteln gefördert wird – die Frage gestellt werden, inwieweit er den Menschen vor Ort hilft. Wenn der Freiwilligendienst in erster Linie zum Selbsterfahrungstrip der Freiwilligen wird, hat er nicht die politische Unterstützung der GJ NRW. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Finanzierung von „weltwärts“ nicht länger im BMZ zu verorten, sondern stattdessen wie alle bisherigen Freiwilligendienste im Bundesjugendministerium.“

Zeile 274:

Streiche:

„Daneben kann jedoch auch die Unabhängigkeit der NGOs von Politik ein entscheidender Vorteil sein, denn NGOs können in Ländern, denen Deutschland die Zusammenarbeit aufgrund der Nicht-Einhaltung bestimmter Kriterien versagt hat, tätig sein.“

Begründung:

Wenn wir schon die Zusammenarbeit an Kriterien knüpfen wollen, dann sollten wir auch dafür sorgen, dass nicht die NGOs in die Länder gehen, die Deutschlands Kriterien nicht erfüllen. Das finde ich sonst komisch.

Zeile 291:

Einfügen nach „eintreten“:

„Dieses Bewusstsein ist in vielen Entwicklungsländern in der Bevölkerung aber weit verbreitet. Es ist hierbei auch die Aufgabe der vor Ort tätigen Akteure, diesem Bewusstsein entgegenzuwirken und ein Klima des Wissens- und Hilfsaustauschs zu schaffen.“

Zeile 298:

Einfügen nach „einbezogen werden“:

„Auf der Ebene globaler Organisationen werden NGOs seit den 90er Jahren verstärkt einbezogen. Dies ist einerseits ein begrüßenswerter Schritt, andererseits besteht aber auch die Gefahr, dass gerade große Organisationen sich zu stark an die Geberinstitutionen anbinden lassen und ihre Beteiligung so lediglich Feigenblattfunktion hat. Aus diesem Grund teilen wir die Euphorie nicht, mit der die Beteiligung von NGOs im Entwicklungsprozess teilweise begleitet wird, nicht.“